

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohmentoppreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 3.00 M., unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnenten werden die gespaltenen Zeitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsabzügen. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 242.

Dresden, Mittwoch den 18. Oktober 1916.

27. Jahrg.

Das Wiedererscheinen des Vorwärts.

Der Vorwärts konnte seit Anfang voriger Woche infolge des Verbots des Oberkommandos in den Märkten nicht erscheinen. Mit dem heutigen Tage kann er sein Er scheinen wieder aufnehmen. An der Spitze des Blattes steht der Parteivorstand Mitteilung von den Verhandlungen, die zum Zwecke der Beseitigung des Verbots geführt worden sind:

Durch Verfügung vom 8. Oktober 1916 hatte das Oberkommando in den Märkten das Erscheinen des Vorwärts bis auf weiteres verboten. Das Verbot war damit begründet, daß die Ausführungen der Redaktion in dem Artikel "Aus der Hegenpfütze der Kanzlerkrone" in Nr. 277 des Vorwärts vom 8. Oktober 1916 einen schweren Verstoß gegen den Burgfrieden darstellen.

Als der Verlag des Vorwärts um Aufhebung des Verbots nachflehte, stellte das Oberkommando die Forderung, daß eine Aenderung im Personal der Redaktion des Vorwärts eintrete, die für die Zukunft die nötigen Garantien böte. Es wurde dabei erklärt, daß das Oberkommando jetzt nichts anderes verlangt als die strenge Einhaltung der ihm am 30. September 1914 gegebenen Zusicherungen. Dem entgegen steht immer wieder Vorwärts vorgekommen und Verwarnungen erfolgt. Die Redaktion des Vorwärts bietet nicht die Garantie, daß in Zukunft die früher gegebenen Zusicherungen eingehalten würden. Das Oberkommando verlangt deshalb eine Person, die mit Vollmachten ausgestattet sein müsse, die auch die notwendigen Garantien bieten.

Der Parteivorstand hat über diese Forderung des Oberkommandos mit der Preßkommission verhandelt, ohne dabei dem Ziele, ein Wiedererscheinen des Vorwärts zu ermöglichen, näher zu kommen.

Endlich festgestellt war, daß der Vorschlag, den Redakteur Genossen Däumig von der Redaktionsarbeit freizustellen und zum Senator zu machen, dem Oberkommando nicht genügte, beantragte der Parteivorstand bei der Preßkommission, zu beschließen:

"Ein Mitglied des Parteivorstandes tritt in die Redaktion des Vorwärts ein und erhält die Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden."

Die Preßkommission lehnte diesen Vorschlag ab und nahm einen Antrag an, nach dem ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintreten und die Vollmacht erhalten sollte, die Beobachtung der Senatsvorschriften zu überwachen und zu erwachen. Dieser Vorschlag war unannehmbar, da einem Mitglied des Parteivorstandes nicht zugemutet werden kann, für ein Blatt die Verantwortung zu tragen, auf dessen Haltung er und der Parteivorstand keinen Einfluß haben und das in den Lebensfragen der Partei gegen seine Überzeugung redigiert würde.

Wiederholte hat der Parteivorstand bei den Verhandlungen mit der Preßkommission erklärt, daß es sich dabei nur um die von ihm freitlich vertretene Auffassung handle, wonach im Vorwärts, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Aufstellung der Parteineinheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit.

Der Parteivorstand kam auf Grund der mehrfachen Verhandlungen mit Zentralvorstand und Preßkommission zu der Überzeugung, daß es unmöglich sei, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des Vorwärts-Verbotes ermöglichen.

Der Parteivorstand glaubte aber nicht länger auf das Wiedererscheinen des Vorwärts verzichten zu können, wenn der Partei nicht großer politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen sollte, was der Parteivorstand nicht verantworten konnte.

Zöhring sah er sich gezwungen, dem Oberkommando zur Kenntnis zu bringen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des Vorwärts eintreten soll, mit der Vollmacht, über den Inhalt des Vorwärts zu entscheiden.

Das Oberkommando hat darauf durch Verfügung vom 17. Oktober 1916 das gegen den Vorwärts ergangene Verbot aufgehoben.

Wir glauben, diese kurze Sachdarstellung den Lesern des Vorwärts unterbreiten zu müssen. Wir eruchen die Leser des Vorwärts, dem Blatte in dieser ersten und schwierigen Zeit auch ferner die Treue zu bewahren. Der Vorwärts wird nach besten Kräften weiter für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten und jederzeit die Vorgänge des öffentlichen Lebens und Weltgeschichts unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Weltanschauung beleuchten.

Berlin, 17. Oktober 1916. Der Parteivorstand.

Sie sind der Ansicht, daß der Parteivorstand unter den jetzigen Verhältnissen so gehandelt hat, wie er sowohl im Interesse der Sozialpartei als auch im Interesse der Berliner Arbeiterklasse handeln mußte. Es ist dabei zu bedenken, daß ein Einverständnis mit der Berliner Preßkommission nicht zu erlangen war. Es besteht nun aber die beglückende Hoffnung, daß die Berliner Parteiverhältnisse endlich zu einer Befriedung gelangen.

(B. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. Oktober 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Der Kriegsschauplatz erreichte besonders nördlich der Somme in breiten Abschnitten beträchtliche Stärke. Zwischen Le Sarre und Guisecourt griffen die Engländer, von Lebœufs bis Guisecourt die Franzosen ebenso an. Unter Beschlußfeuer auf die gefüllten Stirnengruben des Feindes brachte der Angriff beiderseits Gaucourt l'Abbaye im ersten zum Scheitern, bei Guisecourt kam es zu heftigen Nahkämpfen, in denen unsere Stellungen voll behauptet wurden.

Die an der Gegend von Morval und Guisecourt vorbrechenden Franzosen wurden nach kurzen Kampfen abgewiesen. In Saillis ist der Gegner eingedrungen. Der Kampf ist dort noch im Gang. Seitlich der Hauptrichtungsfestungen bei Thiverval, Courcelles und Bouchavesnes, brachten Vorstöße dem Angriff keinerlei Erfolg. Alles feindliche Flugzeuge unterlagen im Luftkampf.

Heeresgruppe Kronprinz:

Auf dem Rücken der Maas rege Feuerkraft.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Nach dem vorläufigen Scheitern der ersten Infanterieangriffe

Ententefeindliche Demonstrationen in Athen.

Bern, 18. Oktober. Aus Athen meldet Corriere della Sera, daß am Tage der Königsparade immer mehr Demonstranten eine drohende Haltung eingenommen hätten. Sie hätten „Aieder mit den Enfants“ gerufen, und Artillerie, Kavallerie und griechische Maschinengewehre hätten mit aufgezehrtem Seitengewehr angegriffen und die Plätze gesperrt. Die Menge sei mit griechischen und amerikanischen Fahnen vor die Gesellschaft der Vereinigten Staaten gezogen, wo sie aber niemand am Fenster gezeigt habe. Das gegenüberliegende Haus Venizelos habe die Menge plündern wollen, doch seien die Demonstranten von der Polizei zurückgehalten worden, wo sie zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Demonstranten hätten die Menge bis in die späte Nacht fortgeführt. Um 9 Uhr abends sei ein Minenfall aufzunahmen getreten. Der Korrespondent fügte hinzu, die Lage sei bis jetzt nicht befriedigend.

Die Bedeutung des Tauchbootkrieges an der amerikanischen Küste.

Der Grüttianer, das Blatt der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, schreibt am 13. Oktober über die neueste Wendung des U-Bootkrieges: Wilson duldet es, daß eine ganze Flotte englischer Kreuzerflotte in den amerikanischen Gewässern, unmittelbar außerhalb der neutralen Zone, dem Handelsstaubboot Deutschland aufzulauern. Es wird vor seinem eigenen Volle es schwerlich verantworten können, gegenüber den deutschen U-Bootfahrzeugen, auch wenn es Tauchboote sind, einen andern Rückstab anzuwenden. Vermögen aber die Kriegsfestungen in den amerikanischen Gewässern wie auf hoher See ihre volle Wirkung zu entfalten, so steht der ganze See- und Handelskrieg vor einer entscheidenden Wendung. Denn die Kriegsstaaten können durch Handelsstaudboote brauchen nur mit Öl und Munition, statt mit Artilleriestoffen beladen zu werden. Sie wird das große, weite Weltmeer zur Versiegungsbasis des Kriegstauchboote. Dies bedeutet aber nicht nur eine höchste Gefährdung der englischen Handelsherrschaft und Sicherheit auf dem offenen Ozean, sondern die Notwendigkeit, die Schiffe dieses Handels die Kriegsflotte in sehr starkem Maße zu dezentralisieren. Die deutschen Kriegsfestungen werden auf die englische Marine denselben Fräuleinplüttenden Einfluß ausüben, wie ihn die französische Zappelinfanterie für das englische Landheer bedeutet. Deren strategischer Effekt liegt nicht in den angedrohten Zerstörungen, sondern in den vielen Laienfunden von Kanonen und Bomben, ja Hunderttausenden von Männern, welche als U-Bootfahrer über ganz England gerissen sind und festgehalten und nicht nach Frankreich hinüber in die Vogelkopale geworfen werden können.

Wiederholte hat der Parteivorstand bei den Verhandlungen mit der Preßkommission erklärt, daß es sich dabei nur um die von ihm freitlich vertretene Auffassung handle, wonach im Vorwärts, als dem Zentralorgan der Partei, auch die Aufstellung der Parteineinheit zur Geltung kommen muß und nicht nur die der Minderheit.

Der Parteivorstand kam auf Grund der mehrfachen Verhandlungen mit Zentralvorstand und Preßkommission zu der Überzeugung, daß es unmöglich sei, mit diesen Körperschaften zu einer Verständigung über Maßnahmen zu gelangen, die die Aufhebung des Vorwärts-Verbotes ermöglichen.

Der Parteivorstand glaubte aber nicht länger auf das Wiedererscheinen des Vorwärts verzichten zu können, wenn der Partei nicht großer politischer und wirtschaftlicher Schaden entstehen sollte, was der Parteivorstand nicht verantworten konnte.

Zöhring sah er sich gezwungen, dem Oberkommando zur Kenntnis zu bringen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion des Vorwärts eintreten soll, mit der Vollmacht, über den Inhalt des Blattes zu entscheiden.

Das Oberkommando hat darauf durch Verfügung vom 17. Oktober 1916 das gegen den Vorwärts ergangene Verbot aufgehoben.

Wir glauben, diese kurze Sachdarstellung den Lesern des Vorwärts unterbreiten zu müssen. Wir eruchen die Leser des Vorwärts, dem Blatte in dieser ersten und schwierigen Zeit auch ferner die Treue zu bewahren. Der Vorwärts wird nach besten Kräften weiter für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten und jederzeit die Vorgänge des öffentlichen Lebens und Weltgeschichts unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Weltanschauung beleuchten.

Berlin, 17. Oktober 1916. Der Parteivorstand.

Sie sind der Ansicht, daß der Parteivorstand unter den jetzigen Verhältnissen so gehandelt hat, wie er sowohl im Interesse der Sozialpartei als auch im Interesse der Berliner Arbeiterklasse handeln mußte. Es ist dabei zu bedenken, daß ein Einverständnis mit der Berliner Preßkommission nicht zu erlangen war. Es besteht nun aber die beglückende Hoffnung, daß die Berliner Parteiverhältnisse endlich zu einer Befriedung gelangen.

Berlin, 17. Oktober 1916. Der Parteivorstand.

gegen die Front westlich von Zug beschleunigte sich der Feind auf das Artilleriefeuer.

Gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen bei Swagun (nordwestlich von Zolocz) angreifende Infanterie wurde unter schweren Verlusten durch Feuer in ihre Gräben zurückgetrieben.

Auf dem westlichen Karpatenfuß südlich von Hermonow wurden nach ausgiebiger Artilleriebewaffnung bosnische Battalionen einen russischen Stützpunkt und brachten zwei Offiziere, 350 Mann, zwölf Maschinengewehre ein.

Front des Generals der Kavallerie

Erzherzog Karl:

An der Ostfront Solotwina schickte ein Angriff gegen unsere vorgehobenen Stellungen. In den Karpathen lag die Kubanische unter starkem Geschützfeuer, im Karpata-Kampf wurde der Vorstoß zurückgewiesen.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen:

Die Frontlage hat sich nicht geändert.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Mazedonische Front:

Gefestigtes Artilleriefeuer setzte westlich der Bahn Skopje-Solotwino sowie nördlich und nordwestlich der Ridge Planina feindliche Teilstreitkräfte ein, die mißlangen.

Ein bulgarischer Vorstoß sammelte ein Serbenheer auf dem Nordfuß der Karpaten.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutsche Fahnen vor die Gesellschaft der Vereinigten Staaten gezogen, wo sie aber niemand am Fenster gezeigt habe. Das gegenüberliegende Haus Venizelos habe die Menge plündern wollen, doch seien die Demonstranten von der Polizei zurückgehalten worden, wo sie zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Demonstranten hätten die Menge bis in die späte Nacht fortgeführt. Um 9 Uhr abends sei ein Minenfall aufzunahmen getreten. Der Korrespondent fügte hinzu, die Lage sei bis jetzt nicht befriedigend.

widmet eine Schnelligkeit von 22 Seemeilen und hat eine für geschickte Krieger besondere Artillerie. Seine Bewaffnung zählt im Frieden über 300 Koppe.

Die feindlichen Heeresberichte.

Englischer Bericht vom 17. Oktober, nachmittags: Wir drangen westlich von Seite in die feindlichen Gräben ein. Sonst nichts zu melden.

Französischer Bericht vom 17. Oktober, nachmittags:

Nördlich der Somme eroberten die Franzosen im Dorfe Sallies-Sallies eine neue Haufengruppe. Die Deutschen unternahmen vormittags heftige Gegenangriffe, model es ihnen gelang, in einige Teile der ersten französischen Linien einzudringen. Ein Stoß eines feindlichen Gegenangriffs war sie völlig zurück. Die Zahl der gestorbenen Franzosen gemeldet Gefangene beträgt 90. Die Franzosen eroberten zwei Maschinengewehre. Südlich der Somme schickte ein neuer Angriff auf die französischen Stellungen östlich von Berny-en-Santerre im Laufe. Auf dem südlichen Teil der Front geltendig ausgewichene Geschütze. Flugdienst: Französische Flugzeuge flogen zahlreiche Flüge aus. Sie ließen an der Somme gegen 60 Kämpfe, in deren Verlauf zwei deutsche Flugzeuge angegriffen wurden und drei andere fielen in die deutschen Hände niedergelassen.

Russischer Bericht vom 17. Oktober.

Noch- und Nordwestfront: Westlich von Skopje wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. Der Kampf dauert an. Im Tale von Bicap wurden feindliche Artillerie gleichfalls abgeschlagen. Unsere Truppen hielten ihre Stellungen westlich von der Grenze. Im Tale der ersten französischen Linien einzudringen. Ein Stoß eines feindlichen Gegenangriffs war sie völlig zurück. Die Zahl der gestorbenen Franzosen gemeldet Gefangene beträgt 90. Die Franzosen eroberten zwei Maschinengewehre. Südlich der Somme schickte ein neuer Angriff auf die französischen Stellungen östlich von Berny-en-Santerre im Laufe. Auf dem südlichen Teil der Front geltendig ausgewichene Geschütze. Flugdienst: Französische Flugzeuge flogen zahlreiche Flüge aus. Sie ließen an der Somme gegen 60 Kämpfe, in deren Verlauf zwei deutsche Flugzeuge angegriffen wurden und drei andere fielen in die deutschen Hände niedergelassen.

Deutsche Kriegsbericht vom 17. Oktober.

Noch- und Nordwestfront: Westlich von Skopje wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. Der Kampf dauert an. Im Tale von Bicap wurden feindliche Artillerie gleichfalls abgeschlagen. Unsere Truppen hielten ihre Stellungen westlich von der Grenze. Im Tale der ersten französischen Linien einzudringen. Ein Stoß eines feindlichen Gegenangriffs war sie völlig zurück. Die Zahl der gestorbenen Franzosen gemeldet Gefangene beträgt 90. Die Franzosen eroberten zwei Maschinengewehre. Südlich der Somme schickte ein neuer Angriff auf die französischen Stellungen östlich von Berny-en-Santerre im Laufe. Auf dem südlichen Teil der Front geltendig ausgewichene Geschütze. Flugdienst: Französische Flugzeuge flogen zahlreiche Flüge aus. Sie ließen an der Somme gegen 60 Kämpfe, in deren Verlauf zwei deutsche Flugzeuge angegriffen wurden und drei andere fielen in die deutschen Hände niedergelassen.

Italienischer Bericht vom 17. Oktober.

Noch- und Nordwestfront: Westlich von Skopje wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. Der Kampf dauert an. Im Tale von Bicap wurden feindliche Artillerie gleichfalls abgeschlagen. Unsere Truppen hielten ihre Stellungen westlich von der Grenze. Im Tale der ersten französischen Linien einzudringen. Ein Stoß eines feindlichen Gegenangriffs war sie völlig zurück. Die Zahl der gestorbenen Franzosen gemeldet Gefangene beträgt 90. Die Franzosen eroberten zwei Maschinengewehre. Südlich der Somme schickte ein neuer Angriff auf die französischen Stellungen östlich von Berny-en-Santerre im Laufe. Auf dem südlichen Teil der Front geltendig ausgewichene Geschütze. Flugdienst: Französische Flugzeuge flogen zahlreiche Flüge aus. Sie ließen an der Somme gegen 60 Kämpfe, in deren Verlauf zwei deutsche Flugzeuge angegriffen wurden und drei andere fielen in die deutschen Hände niedergelassen.

Deutsche Kriegsbericht vom 17. Oktober.

Die völkerrechtliche Stellung der U-Boote.

Die Beschlüsse der Haager Konferenz.

Der Staatsrechtlicher Professor Philipp Jorn, der an der Haager Friedenskonferenz 1899 und 1907 als Vertreter Deutschlands teilnahm, veröffentlichte in der österreichischen Zeitung eine historisch-politische Darlegung der Rechtsfälle über die U-Boote-Waffe, in der er zu dem Schluß gelangt, daß die bewaffneten U-Boote völkerrechtlich unanfechtbar als berechtigte Kriegsmittel anzusehen sind. Er meint einwandfrei nach, daß die — von Amerika abgelenkte, von Norwegen angenommene — englische Aufforderung an die Neutralen, den U-Booten jeden Aufenthalt in ihren Gewässern zu verbieten, jeder völkerrecht

Es ist fest, daß unsichere junge Leute verhaftet seien wegen Verdächtigungen, die eine Schädigung unseres Volkes nicht bedeuten. Ja, es ist vorausgesetzt, daß Privatleute mitbeteiligten Personen mit der Sicherung der Schuhhaft geholfen haben. Dasselbe sei durch das Geständnis eines hauptsächlichen Generalstabschefs geschehen. Es bestätigen, daß ein Redner vor der Versammlung den Wort aufgerufen habe, daß die Behörde gar kein Verständnis für die Aufgaben der Wehr habe. Ebenso bestätigt sei das Sprachverständnis in Bezug auf das Gesetz. Damit werde das wenig rücksichtige Missverstehen, das in dem Jägermeister Fall so verdeckt gewirkt habe, wenig rücksichtigt.

Staatssekretär Dr. Helfferich versicherte, daß die Reichsleitung sich nur wünsche, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern. Es könne aber nicht aus den Belagerungszaubern verhindert werden. (Aufforderung des Abg. Erzberger: In Wahrheit haben wir den Belagerungszustand nicht!) Wir müssen durch die Schuhhaft verhindern, daß eine Schädigung des Vaterlandes eintrete.

Abg. Dr. Rosseke (konserv.) erklärte ebenfalls an, daß das Gesetz über den Belagerungszustand nicht mehr den gegenwärtigen Schäden entspricht; daher die vielen verschiedenen Beschlüsse, die darüber noch sind und die die Belagerungszustand für unentbehrlich und für sehr gut für unerwünscht, das Gesetz ja anders. Daher müßten wir solche Verbesserungen durch die Reichsleitung vorgenommen werden. Nur mit volkstümlichem Grunde sollte eingeknickt werden, aber nicht aus politischen Gründen, nicht um eine politische Kriegsführung zu beschließen. Was sollte den Personen, die mit Handlungen, Wirtschaft usw. verbaut werden, die notwendigen Strafen erlassen? (Aufforderung des Abg. Erzberger (sozialist.): Würde die Reichsleitung geschlossen, da damit noch ein besonderer Ausdruck bestimmt werden soll.)

Abg. Bleischling (Volksgr.) begründet den Antrag der Hochstiftler, den Reichstag möge beschließen, den Herrn Reichskanzler zu erlauben, daß im Artikel 68 der Reichsverfassung in Absatz 2, der Befreiung über den Belagerungszustand unterzogt, ich dem Reichstag zu verzichten.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahnte der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Dr. Neine: Wir werden zwar für den Antrag Bleischlings stimmen, möglich, aber auch dafür eintraten, daß der Reichstag selbst ein Gesetz vorgehe. Anerkennungen seien schon wiederholt gebracht worden, ohne daß wir dadurch einen Schritt weiter gekommen seien; und doch sei es dringend nötig, daß hier reiner Tisch gezeigt werde. Ein Gesetz könnte sehr leicht zurückgeworfen werden, wenn es die Reichsleitung den Wünschen des Reichstags Rechnung trage.

Abg. Dietmann machte darauf aufmerksam, daß noch in den Spalten des VII. Kriegsberichts Rechenschaft über bestimmte Verhältnisse beziehen, die bereits seit einem Jahr verhängt worden seien. Es sei notwendig, daß der Reichstag diejenigen Rechenschaftsaufgaben, die zu Kriegsberichtslösungen eingegangen seien, geregelt seien. Den Abgeordneten müsse unter allen Umständen ermöglicht werden, nicht nur den Sitzungen des Reichstags selbst beizutreten, sondern auch in Fraktionssitzungen sowie in den Ausschüssen, wo sie als Abgeordnete durcharbeiten müssen. Werner den Edensvergleichen entnahmen in der Frage, ob der Abgeordnete, als Gemeiner beim Militär habe, eines Urlaubs zu den Kriegsberichtsstunden nicht bedürfe. Nach dem ganzen Gescheh des Vertrags sei jeder Abgeordnet darüber ausgeschlossen, daß der Abgeordnete seine Zeit und Gelegenheit haben müsse, seine Abgeordneten zu erfüllen. Ebenso seien Schwierigkeiten genutzt worden, wenn der Abgeordnete, der als Gemeiner beim Militär habe, den seiner Reichstagssitzung Gebrauch machen wollte.

Kämmerer (konserv.) Dr. Bernold wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei diesen Angelegenheiten ergeben. Er sei auch der Meinung, daß die Abgeordneten während der Zeit, in der der Reichstag sitzt, die Gelegenheit haben müßten, ihren Wahlkreis als Wahlkreis nachzukommen. Er stellte auch fest, daß an dem Reichstag nicht eine einzige Debatte eingesprochen sei. In der Tat allerdings, in der der Reichstag nicht versammelt sei, müsse der Abgeordnete seinen militärischen Pflichten nachgehen. Ebenso müsse im Abgeordneten der Urlaub für Fraktionssitzungen erlaubt werden, wenn ihm Schwierigkeiten im Gebrauch ihres Reichstagsstuhls nicht gemacht werden.

Abg. Goethen (kp.) empfahl, daß die Regierung sich mit den Reichsberichtsräten über die notwendigen gesetzlichen Änderungen beschäftigen. Diese darüber könnten unerlässliche Auslandserledigungen im Raum verhindern werden.

Abg. Erzberger trat ebenfalls sehr entschieden dafür ein, daß auch denkbarsten Abgeordneten, die als Gemeine beim Militär sind, in der Zeit, während der der Reichstag zusammen sei, keine Kriegserklärungen mehr hätten. Solche Beschränkungen seien auch ihrer Art bereits gemacht worden; allerdings habe das Reichskanzleramt sofort bestanden. Ganz besonders notwendig sei es, daß es den Abgeordneten möglich sein müsse, den Fraktionssitzungen beizutreten.

Darauf wurde der Antrag der Bleischlinger angenommen.

Die Beratung der Ressorten.

Abg. Koch (kp.) fragt an, was die Reichsleitung getan habe, um den Wünschen nachzukommen, die der Reichstag in seiner vorherigen Tagung in bezug auf die Verbesserung der Ressorten berücksichtigt habe. Nach seiner Beobachtung seien die Verhältnisse, die der Reichstag aufgenommen hat, keine Schwierigkeiten mehr bestanden.

Abg. Erzberger erläuterte, daß die neuen Bestimmungen für solche Darstellungen nicht eine Verbesserung, sondern eine Ver schlechterung bedeuteten. Er fragt an, ob der Abfassung der neuen Bestimmungen nicht Sachverständige aus den Kreisen der Bevölkerung zu Rate gezogen seien. Unter den Wünschen, die der Reichstag in einer vorherigen Tagung gemacht hatte, war auch der, daß eine Erziehung nur nach einer Verhandlung mit dem Reichskanzler verlangt werde. Er fragt an, ob diese Verhandlung erfolgt sei und weiter, ob mit Zustimmung des Herrn Reichskanzlers verlangt worden sei, daß im Vorwärts andere Redakteure angeheuert werden. Es sei noch ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Partei auf ein derartiges Anliegen jemals eingehen könnte; daher würde ein solches Verbot nichts anderes bedeuten, als daß das Volk während der ganzen Dauer des Krieges aufrechterhalten würde. Ein Abgeordneter habe oft Männer mit der Ressorten beratet, die ihrer Aufgabe in einer Weise gewachsen seien. Redner wies darauf hin, daß in der Tat, die der Abg. Erzberger im Reichstage über die Ressorten im Elsass schattet hat, ganze Stellen vom Ressort gefüllt worden seien. Auch in Brandenburg sei ein Mann als Ressorten tätig, der nicht einmal weißt, wo die Nordb. Abg. sitzt.

Abg. Dr. Hirsch (konserv.) begründet einen Antrag, der ein Gesetz betreffend die politische Ressort einschließen will. Der Antrag wird verlangt:

§ 1. Wird im Deutschen Reich auf Grund des § 5 des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1914 oder eines an dessen Stelle tretenden Reichsgesetzes eine Ressort der Preise eingestellt, so geht die volksschädliche Gewalt in Angelegenheiten der politischen Ressort auf den Reichskanzler über, der damit die Verantwortung für die Handhabung der politischen Ressort übernimmt.

Die Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1914 bleiben auch für das Deutsche Reich nur bisweilen anwendbar, als es sich um die Ressort militärischer Angelegenheiten handelt.

Die Ressorten, die für die Ausübung der politischen Ressort erforderliche Organe erfordert durch Bundesverordnung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es ist ganz unumstritten, daß die Ressorten Heerleitung und für die politischen Angelegenheiten der Reichsleitung verantwortlich sei. Die Ressort im engeren Sinne heißt untenrum sowohl auf militärische als auch auf politische Angelegenheiten. Wenn während des Krieges seien auch die politischen Angelegenheiten höchstlich von Bedeutung für die Heerleitung unserer Vaterlandes. Dagegen habe sich die Heerleitung bemüht, den Ressorten des Reichslands auch in der Ressort Heerleitung zu tragen. In den Verhandlungen seien die Ressorten durchaus eingesetzt. In den Verhandlungen seien die Ressorten sehr wichtig gewesen.

Abg. Dr. Rosseke (konserv.) erklärte ebenfalls an, daß das Gesetz über den Belagerungszustand nicht mehr den gegenwärtigen Ressorten entsprechen darf.

Abg. Bleischling (Volksgr.) begründet den Antrag der Hochstiftler, den Reichstag möge beschließen, den Herrn Reichskanzler zu erlauben, daß im Artikel 68 der Reichsverfassung in Absatz 2, der Befreiung über den Belagerungszustand unterzogt, ich dem Reichstag zu verzichten.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner sahne der Redner, vorzeitig es ist, den einen Stuhlwur zu beschließen, daß er vor der Versammlung den Platzlaut der von ihm beschäftigten Rede vorlege.

Abg. Kreuz (konserv.) fokussiert vor, daß die Verfassungen, die auf Erhaltung nichtmilitärischer Stellen herausgegeben werden, dies zulassen erlauben lassen. Dann würde also zeigen, daß die bestehenden Verhältnisse in der Regel gar nicht vom militärischen Gesetz verhindert seien.

Abg. v. Camp: Sein Mitglied hält den jeweiligen Rechtsanwalt für möglich, Anerkennungen müssen unbedingt vorgenommen werden. Es reicht es aber, dieses nicht durch ein Gesetz zu machen, weil dann nachhaltige Erleichterungen im Plenum herbeigeführt würden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es kann nur unterscheiden, daß nicht der Krieg es ganz unmöglich sei, ein Gesetz über den Belagerungszustand verabschieden. Er möchte dennoch vorschreiben, daß sie auch beschließen, daß die Kriegserklärung alles tun werde, um die gegenwärtigen Missstände in Zukunft zu verhindern.

Abg. Bleischling (Volksgr.) wußt noch, wie jährlich es wolle, daß jeder Deputierte von Elsass-Lothringen aus ihrem Wahlkreis aussortiert und gezwungen worden sind, sich in einem neuen Wahlkreis anzusiedeln. Werner

Ronfum-Verein Vorwärts

Jahrmarkts-Sonntag den 22. Oktober

findt unsere

Manufaktur- u. Schuhwaren-Geschäfte

Große Zwingerstraße 12/14
Kesselsdorfer Straße 22

Königsbrücker Straße 38
Markgraf-Heinrich-Straße 31

von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr geöffnet.

Größte und preiswerteste Auswahl aller Herbst- und Winter-Waren

Wir bitten unsere Mitglieder, besonders die auswärts wohnenden, die Bezugsscheine abgestempelt vorzulegen, da nachträgliches Abstempeln gesetzlich verboten ist.

Großes Lager in bezugsscheinfreien Waren

Listen für solche Waren liegen in den Geschäften aus.

[L 287]

4. Wahlkreis, Dresden-N., Bezirke 1-6.

Freitag den 20. Oktober, abends 8½ Uhr

Sitzung

[V 7]

im Jugendheim, Oppellstraße 12, 1. Der Vorstand.



Dresdner Philharmonisches Orchester

Morgen Donnerstag, den 19. Oktober 1916
abends 8 Uhr, im großen Gewerbehaussaale

Zweites volkstümliches

Sinfonie-Konzert

bei vollbesetztem Orchester.

Leitung: Kapellmeister Florenz Werner.

Solist: Konzertmeister Erich Düsseldorf.

Programm: 1. C. M. Weber: Oberon-Ouvertüre. — 2. J. Brahms: Violinkonzert (D-Dur). — 3. Violin-Soli (Konzertmeister Erich Düsseldorf). — 4. Beethoven: Sinfonie III (Eroica).

Eintrittspreise: Unnumurierte Stuhlplätze, Saal und Galerie 55 Pf. einschl. Steuer. Militär 30 Pf. [L 151]

Musenhalle

Vorstadt Löbtau, Kesselsdorfer Str. 17. Straßenbahnh. 7, 13, 22.

Täglich abends 8,10 Uhr. — Mit großem Beifall aufgenommen.

Mag auch die Liebe weinen. Bildern. Neu für hier!

Die ungleichen Brüder. Originalposse in einem Akt.

Niemand verlässt sich ein Programm anzusehen. [K 60]

SARRASANI

Nur noch kurze Zeit!

Dresdner Landpartie

Das große Circus-Programm!

Täglich 8 Uhr Zum ersten Male in Dresden; 8 Uhr

Berger und Komische Partner Hand-Akrobaten!

Verkauf: Circuskasse und Warenhaus Herfeld.

Wir suchen zu sofortigem Antritt bei hohem Lohn

Steindruck-Maschinenmeister

Leutert & Schneidewind

L 158] Glashütter Straße 100.

Wir suchen einige tüchtige ::

Einrichter für Fräsmaschinen

Drehbänke und Revolverbänke

Meldungen 8-9 Uhr vorm. Hamburger Str. 19

Seidel & Naumann U.-G. [A 114]

Werkzeugschlosser Dreher u. Mechaniker

für lohnende Arbeit sofort gesucht

Sachsenwerk Niedersedlitz-Dresden

Dreher, Werkzeugdreher, Schlosser auf Werkzeugmaschinen

gesucht. Händel & Reibisch G. m. b. H. Tharandter Straße 48. [L 150]

Geübte Strohhutnäherinnen

auf Oberstichmaschine für feine und mittlere Geslechte zur Beschäftigung im Hause sucht sofort

Hannan Friedmann, Damenhuftfabrik, Wartburgstr. 12.

Schornstein- u. Kesselmaurer

im Fach geübt, bei hohem Lohn sucht

H. R. Heinicke

Chemnitz, Böhmetalpl. 7. [L 152]

Maurer u. Arbeiter

werden angenommen

Keller, Böschungsstr. 13, Tolkemit. [B 1034]

Rest. Kielmannsegg

Tharandter Straße 34

Anh.: E. Günzel — W.

seine Volatilität bestens empfohlen. — Gerichtlicher 2445

Achtung!

Wer die allerhöchsten Preise erzielen will für alle Sorten

Gebrüder

Wohlfeil

Wohlfeil</p

Die Verlustliste
der sächsischen Armees Nr. 340 ist heute nachmittag erschienen.
Inhalt: Infanterie: Regimenter Nr. 100, 101, 102, 104, 106, 354; Reiter-Regimenter Nr. 100, 101, 102, 106, 241; Landwehr-Regimenter Nr. 100, 106; Landsturm-Regiment Nr. 19; Artig.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Jäger-Regiment Nr. 7. Feldartillerie: Regimenter Nr. 23, 32, 68, 78, 192; Reserve-Regimenter Nr. 32, 40, 58, 54; Freiwillig. Regiment Nr. 12 — Preußische Verlustlisten Nr. 634, 635, 636, 637 und weitere Verluste; Bayerische Verlustliste Nr. 308; Württembergische Verlustlisten Nr. 477, 478.

Die Verlustliste liegt in der Redaktion der Dresdner Volkszeitung, Bettinerplatz 10, zur Einsichtnahme aus.

Sächsische Angelegenheiten.

Debatte über die Lebensmittelzuteilung.

Am gestrigen Dienstag wurden die Verhandlungen über die Ernährungsfrage fortgesetzt, wozu fünf Anträge und Interpellationen anlaß gegeben haben, die am 10. Oktober durch fünf lange Reden begründet und vom Minister ausführlich beantwortet wurden. Gestern öffneten sich die Szenen der Beerdame von neuem. Vor allem die Konservativen wünschten von der Regierung anstrengende Gesetze. Doch war das Haus zweitens leer, ebenso die Tribünen. Die verschiedenen Blätter wurden zum Teil wiederholt von den verschiedenen Seiten des Hauses vorgebracht. Doch läßt sich die große Anzahl der Reden in drei Gruppen teilen. Die Konservativen wünschten vorwiegend mit der Verteilung der hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte und der bürgerlichen Brüder in der Kriegszeit ab; die Nationalliberalen bezeichneten die Central-Gefäßabgabe gegen den Handelsprofite, übten zwar stützt an der bürgerlichen Rassigkeit, aber sie standen doch auch mancherlei Entschuldigungsgründen und füllten den Karieren wieder durch Argumentationen über die Nutzmittel entgegenzutun; zuletzt vertreten die Interessen der Konsumenten in erster Linie die sozialdemokratischen Redner, die besonders auch die Lage der breiten Volksmassen infolge der Nahrungsmittelknappheit und der Mängel bei der Verteilung hervorhoben und mehr Gleichheit und Gerechtigkeit forderten.

Dagegen bemühten sich die Regierungsvertreter, vor allem Geheimrat Dr. Koch, die Schwierigkeiten zu schildern, mit denen die Regierung bei der Organisation der Nahrungsmittelversorgung zu kämpfen habe. Bei der Kritik folgte man nicht übersehen, daß trotz allen Schwierigkeiten dem Ideal einer gerechten Verteilung nähergekommen sei. Dann verbreitete sich der Regierungskommissar über die Fleisch- und Butterverfügung, wobei er Besserungen im August stellte, die nunmehr die Unterschiede in den einzelnen Bezirken befehligen sollten. Die Ausführungen waren recht geschickt und erwiderten von neuem die Überzeugung, daß die sächsische Regierung wohl alles tut, was ihr möglich ist, um eine gerechte Verteilung unter Überwindung der großen Schwierigkeiten zu erreichen. Daß bei den Reichsfeinden nicht allenfalls das gleiche Verständnis für die Not der Bürgeländer vorhanden ist, sagte Dr. Koch zwar nicht, aber es ist doch auch ohne mit Händen zu greifen, daß die Ernährungsschwierigkeiten in Sachen geringer wären, wenn man im Kriegsernährungsamt mehr Entscheidendheit zeigte.

Zufällig bei der gestrigen Debatte war wieder einmal das Gemüthe der konservativen Redner, die schweren Verbündungen der agrarischen Produzenten zu belasten, zu entkräften oder wegzureden. Das war um so bemerkenswerter, weil die gestrigen Verhandlungen sonst erneut offenbart hätten, daß neben der Anstrengung der Nahrungsmittel besonders die Schwierigkeiten Hindernisse bereiten, die von den Karieren durch Zurückhaltung von Lebensmitteln, unrichtige Angaben bei den notwendigen Erhebungen und durch sonstige Operationen hervorgerufen werden. Wir haben eine Reihe von Verordnungen erhalten, die sich auf dem Papier ganz hübsch ausschreiben und die auch ganz gut durchgedacht sind, die aber dennoch keinen Erfolg gezeigt haben, weil sich ein gewisser passiver Widerstand der Landwirte dagegen gelöst hat.

Leipzig. Die von den städtischen Behörden mit einem Kostenaufwand von 90000 M. auf dem Leipziger Schlachthof zur Errichtung gelangende Großküche soll möglichst bis Anfang Dezember fertiggestellt werden. Eine Ausgabe der Speisen direkt auf dem Schlachthof ist nicht beabsichtigt, doch werden je nach Erforderniß weitere Speiseanstalten errichtet werden, zu denen die Speisen in Elektromobilen befördert werden sollen.

Blauen. Zum Oberbürgermeister der Stadt wurde mit 48 Stimmen der Oberverwaltungsgerichtsrat Lehmann in Dresden gewählt, der bis vor kurzem Stadtrat in Chemnitz war. Auf Bürgermeister Bettiens in Blauen entfielen 23 Stimmen. Seither hatte den Oberbürgermeisterposten Dr. Dehne verpalet, der aber in die Reichsregierung berufen worden ist.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Im Stollberg kam das dreijährige Kind eines im Felde stehenden Gutsherrn, das sich bei seinem Großeltern aufhielt, einem mit heißen Wasser gefüllten Eimer zu nahe. Es fiel rücklings in diesen und verbrachte seitdem, da es stark — Die Frau eines Landwirts in Kleinpolzen bei Groitzsch und eine in Leipzig wohnende Anwärterin hatten Verkehr mit gefangenem Franzosen, die auf dem Betenworte beschäftigt waren, geslossen. Eine Untersuchung muß für die Beteiligten ungünstig ausgefallen sein, denn die beiden Frauen haben sich in der Wohnung des einen Mannes durch Gas vergiftet. — In Riesa spielte der 15jährige Sohn eines Bauernhofbesitzers mit Ball und Bogen, wobei ein an der Spire mit einem Hufeisenstahlholz versehener Vieh in die Scheune seines Vaters fiel und das Stroh in Brand setzte. Der junge Mensch wurde beim Amtshilfegängnis eingeführt. — Seine Bewohner des Naturstuhls führte in der Schmiede in Riesa ein 45jähriges Mälzergebäude in Brand, das sofort tot. — Auf dem Amtsgemeindebezirk in Görlitz wurde ein 30jähriger Bergarbeiter in der Kohlenwäsche von einem Betriebsmeister erfaßt, zwischen Welle und Raupe gebunden und totgeschlagen.

— In einer zu Copitz bei Witten angelegten weiblichen Leiche erkannte man die seit August vermisste Frau Hofstettern aus Leipzig, die mit einem andern Manne, dem sie gefolgt war, in der Elbe den Tod gefunden hatte. Die Leiche des Mannes, dessen Name nicht bekannt ist, war in der Nähe von Königstein angetrieben. — Bei dem Feuerherd noch nicht gefundene zum Umschaueln werden jetzt statt der auffälligkeit gezielten Pioniere 15 russische Kriegsgefangene verwendete. — Wie aus Oberwiesenthal gemeldet wird, hat es dort am Montag ununterbrochen geschneit, so daß die Berge von einer Schneedecke eingehüllt sind.

tigen Zeit, die eine geschlossene einheitliche Stellungnahme des deutschen Volkes mehr als je erforderlich, den nationalen Interessen durchaus schädlich und daher außer Maßstäbe zu missbilligen ist.

Landeskulturrat und Kartoffelnot.

Der Landeskulturrat für Sachsen hat an die Landwirte eine Aufforderung folgenden Inhalts gerichtet:

„In den größeren Orten unseres Landes herrscht immer noch ein größerer Mangel an Speisekartoffeln. Die Zufuhren sind vielfach so gering, daß der laufende Bedarf knapp gehedt werden kann. Die Urtade ist in der Vergängerung der Landwirte, bedingt durch den Mangel an Gespannen und Arbeitskräften, zu suchen. Zugleich muß das dringende Ertragen an alle Kartoffelanbauer gerichtet werden, die vom Kommunalverband aufgelegte Kartoffelsteuer so schnell als irgend möglich abzuliefern, damit dem Mangel an Speiseware unverzüglich abgeholfen wird.“

Wir haben eine Aufforderung des Landeskulturrats in die breiteste Frage schon längst vermischt. Der vorliegende Aufruf wird aber den Anforderungen nicht gerecht. Es legt den Landwirten die Ausknie geradezu in den Mund, indem Mangel an Gespannen und Arbeitskräften als Ursache angeführt wird. Ja was solch unwahrscheinliche Behauptungen aufstellen, die doch nur dazu dienen können, daß sich Agrarier, die böswillig Kartoffeln zurückhalten, dahinter versetzen können. Wir glauben auch, daß die meisten Bauern über den naiven Landeskulturrat lachen werden, denn sie wissen es jedenfalls besser, weshalb gegenwärtig keine Kartoffeln in die Städte und Industriegebiete kommen.

Die Fortschrittk und die Kandidatur Wildgrube.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Dresden: Pressemeldungen über die Abreise der Fortschrittlichen Volkspartei gegenüber der sozialdemokratischen Reichstagswahlkandidatur Wildgrube im Wahlkreis Orla-T. Grimma sind so ausgelegt worden, als ob die Partei eine eigene Kandidatur dort aufzustellen. Von Parteiseite wird uns dazu mitgeteilt, daß diese Auffassung falsch sei. Die Fortschrittliche Volkspartei werde in Orla-T. Grimma den Burgriffen aufrecht erhalten.

Unterschlagung von Viehgebärgeldern durch einen Pfarrer a. D.

Der Pfarrer a. D. Hans Glash in Gr., einem Ort in der Nähe von Leipzig, wurde am 24. Juli 1916 vom Landgericht Leipzig wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Im August 1914 wurden in der Umgebung von Gr. für den Albertverein und das Rothe Kreuz Sammlungen veranlaßt. Ein Teil des Geldes wurde zu Glash gebracht, der 500 Mark des Geldes unterschlug. Als den Rest kaufte er Wolle für Strickwaren für die Soldaten. Er leugnete zwar, daß Geld unterschlagen zu haben, vielmehr hätte er sich bei der Übergabe aus Zahrlösigkeit keine Quittung geben lassen. Das Gericht glaubte ihm jedoch diesen Einwand nicht, zumal es feststand, daß Glash Schulden in beträchtlicher Höhe hatte, und die Annahme, daß er mit den unterschlagenen Geldern diese Schulden abbezahlen wollte, nicht von der Hand zu weisen sei. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Leipzig. Die von den städtischen Behörden mit einem Kostenaufwand von 90000 M. auf dem Leipziger Schlachthof zur Errichtung gelangende Großküche soll möglichst bis Anfang Dezember fertiggestellt werden. Eine Ausgabe der Speisen direkt auf dem Schlachthof ist nicht beabsichtigt, doch werden je nach Erforderniß weitere Speiseanstalten errichtet werden, zu denen die Speisen in Elektromobilen befördert werden sollen.

Blauen. Zum Oberbürgermeister der Stadt wurde mit 48 Stimmen der Oberverwaltungsgerichtsrat Lehmann in Dresden gewählt, der bis vor kurzem Stadtrat in Chemnitz war. Auf Bürgermeister Bettiens in Blauen entfielen 23 Stimmen. Seither hatte den Oberbürgermeisterposten Dr. Dehne verpalet, der aber in die Reichsregierung berufen worden ist.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Im Stollberg kam das dreijährige Kind eines im Felde stehenden Gutsherrn, das sich bei seinen Großeltern aufhielt, einem mit heißen Wasser gefüllten Eimer zu nahe. Es fiel rücklings in diesen und verbrachte seitdem, da es stark — Die Frau eines Landwirts in Kleinpolzen bei Groitzsch und eine in Leipzig wohnende Anwärterin hatten Verkehr mit gefangenem Franzosen, die auf dem Betenworte beschäftigt waren, geslossen. Eine Untersuchung muß für die Beteiligten ungünstig ausgefallen sein, denn die beiden Frauen haben sich in der Wohnung des einen Mannes durch Gas vergiftet. — In Riesa spielte der 15jährige Sohn eines Bauernhofbesitzers mit Ball und Bogen, wobei ein an der Spire mit einem Hufeisenstahlholz versehener Vieh in die Scheune seines Vaters fiel und das Stroh in Brand setzte. Der junge Mensch wurde beim Amtshilfegängnis eingeführt. — Seine Bewohner des Naturstuhls führte in der Schmiede in Riesa ein 45jähriges Mälzergebäude in Brand, das sofort tot.

— Auf dem Amtsgemeindebezirk in Görlitz wurde ein 30jähriger Bergarbeiter in der Kohlenwäsche von einem Betriebsmeister erfaßt, zwischen Welle und Raupe gebunden und totgeschlagen. — In einer zu Copitz bei Witten angelegten weiblichen Leiche erkannte man die seit August vermisste Frau Hofstettern aus Leipzig, die mit einem andern Manne, dem sie gefolgt war, in der Elbe den Tod gefunden hatte. Die Leiche des Mannes, dessen Name nicht bekannt ist, war in der Nähe von Königstein angetrieben. — Bei dem Feuerherd noch nicht gefundene zum Umschaueln werden jetzt statt der auffälligkeits gezielten Pioniere 15 russische Kriegsgefangene verwendete. — Wie aus Oberwiesenthal gemeldet wird, hat es dort am Montag ununterbrochen geschneit, so daß die Berge von einer Schneedecke eingehüllt sind.

Stadt-Chronik.

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Man schreibt uns: Im Verlaufe des vorigen Wochens sind die Genossen Haupt (Witzig), Nahmann, Diez (Fossenbau), Lange (Niederösterreich) und Thomas (Bonnewitz) beim Amtshauptmann Dr. Stett vorstellig geworden, haben Beschwerden über die unzureichende Verteilung der Nahrungsmittel geführt und Wünsche unterbreitet. Von unserer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die Verteilung der Nahrungsmittel in der Amtshauptmannschaft viel mehr im argen liege, als daß in Dresden der Fall sei. Die Einwohner Dresdens könnten gewiß nicht von aus-

* Aus unangebrachter Rücksichtnahme wird der Ort in dem und zugegangenen Bericht nicht näher bezeichnet.

reichender Versorgung reden; aber bedeutend besser ständen sie bei als die Bewohner der Gemeinden. Es sei nicht zu bestreiten, daß Dresden weit mehr Nahrungsmitteleinsatz zugewiesen erhält als die Landgemeinden. Dresden habe z. B. viele Wohnhäuser an die Einwohner abgeben können. Teilsweise hätten die Händler die Stadtbauhütte gebeten, doch die Kartoffeln schnell zu holen, während in den Vorortgemeinden wochenlang keine Kartoffeln zu haben wären. Wenn schlimm sehe es mit der Kartoffelverteilung aus. Die Einwohner Dresdens könnten bestimmt darauf rechnen, daß sie bis zum Monat Butter erhalten. In den Landgemeinden erhalten die Bewohner erst in Zeitabständen von fünf Wochen 1/2 Pfund Butter. In Dresden seien auch erhebliche Mengen von Gemüse verteilt, während in den Landgemeinden nur sehr wenig abgegeben werden könnte. Auch seien die Fleischgewölbe in Dresden größer als in den Landgemeinden zu finden. Es wurde behauptet, daß der Zustand behoben werden könnte, und zwar dadurch, daß auf eine geregere Belieferung hingewirkt würde. Die Stadt Dresden sieht viel großzügiger zu handeln und ist zweifellos in der Weisung von Nahrungsmitteleinsatz sehr tüchtig. In Dresden könne man fast in jeder Woche ein Ei kaufen, während in den Landgemeinden viele Wochen gewartet werden müssen, ehe es Eier zu kaufen gibt. Dabei müsse beachtet werden, daß gerade die Landgemeinden einen viel höheren Prozentsatz Schwarzbauer ausweisen, als sie Dresden habe, denn die Arbeiterschaft würde naturgemäß immer mehr auf Land gebracht. Daher sei es nur gerechtfertigt, wenn den Landgemeinden mindestens das an Nahrungsmitteleinsatz zur Verfügung gestellt werde, was die Dresdner erhalten.

Es ist eine Aufforderung des Landeskulturrats in die breiteste Frage schon längst vermischt. Der vorliegende Aufruf wird aber den Anforderungen nicht gerecht. Es legt den Landwirten die Ausknie geradezu in den Mund, indem Mangel an Gespannen und Arbeitskräften als Ursache angeführt wird. Ja was solch unwahrscheinliche Behauptungen aufstellen, die doch nur dazu dienen können, daß sich Agrarier, die böswillig Kartoffeln zurückhalten, dahinter versetzen können. Wir glauben auch, daß die meisten Bauern über den naiven Landeskulturrat lachen werden, denn sie wissen es jedenfalls besser, weshalb gegenwärtig keine Kartoffeln in die Städte und Industriegebiete kommen.

Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß mit Einschlägen auf eine bessere Belieferung mit Butter hingewirkt werden möge. In denentralisierten verbreite man ganz schematisch, man berücksichtige absolut nicht die Eigenartigkeit des Bezirks. Landwirtschaftliche Gegenden oder Orte mit vorwiegendem Landwirtschaftsbetrieb seien ebenso behandelt und beliebt als Industriegebiete. Nur so könne es kommen, daß, wie in Berggießhübel, die Butter von der Butterzentrale nicht benötigt würde.

Es ist dann darauf hingewiesen worden, daß nicht nur die ganze Bezirk bei der Verteilung der Waren zu kurz wegkomme, sondern daß auch die Waren im Bezirk ganz ungerecht verteilt würden, und es wurde darum erachtet, für den ganzen Bezirk das System der Kundenlisten einzuführen, das sich in Dresden und Berlin bewährt habe. Es sei zu beobachten, daß die Gemeindewohnsteine oder die in den Gemeinden befindlichen Nachbarschaften die Waren ganz ungerecht verteilen.immer seien es die Konsumvereine, die viel zu wenig Waren erhielten und denen man auf die Weise die Wirtschaft abtreibe. Häufig seien Gemeindewohnsteine und Gemeindeleute direkt daran interessiert, daß die Waren ungerecht verteilt würden, und es ist dabei auf einige Beispiele hingewiesen worden. Nur in einigen Gemeinden bestätige man sich einer gerechten Warenverteilung, während in der Mehrzahl die Verhältnisse des Konsumvereins als notwendiges Lebzel behandelt würden.

Vom Amtshauptmann wurde bemerkt, daß es sowohl seinem Willen widerstrebe, wenn die Verkaufsstellen des Konsumvereins nicht richtig beliebt würden, wie ja auch eine Anweisung des Herrn a. D. Stett vorliege, nach der die Konsumvereine richtig zu belieben seien. — Zum Schlus wurde noch darauf hingewiesen, daß den Fabrikdirektoren direkt Waren zugeführt würden. Auch das sei eine schreiende Ungerechtigkeit, denn dadurch werde jede Kontrolle unmöglich gemacht. Es könne nicht bestritten werden, daß sich in allen diesen Händen die Beamten usw. vorweg befreit hätten und daß die Arbeiterschaft den Rest bestimmen. Bei einer solchen Verteilung gebe ein erheblicher Teil von Schwerarbeitern leer aus. Es wurde auch Klage über die schlechte Geschäftigkeit der Waren geführt. Der Kartoffelbeschaffung sei erhöhtes Interesse entgegenzu bringen. — Unsere Genossen betonten schließlich, daß die Empörung über die ungerechte Verteilung der Nahrungsmittel ungeheuer groß ist und daß von den Arbeitern in den Fabriken gedroht wird, die höchsten Maßnahmen zu ergreifen, wenn nicht schnelle Abhilfe geschaffen wird. Unsere Genossen in den Gemeindewohnsteinen mögen ebenfalls darauf hinweisen, daß die bestehenden Wirtschaften bestmöglich werden.

Wie man die Eier verteilt.

Bekanntlich sind neue Bestimmungen für die Eierbeschaffung wie auch für deren Verteilung aufgestellt worden. Nach Mitteilungen, die uns aus Gemeinden der Amtshauptmannschaft Dresden-N. gemacht werden, erhalten Kaufmännischwalde auf je 1/2 Pf. Ei, das für laut Bezugsschein erhalten. 20 Stück Ei. Ein kleiner Nachbar hat danach Anspruch auf 500 Eier, ein größerer auf 800 Eier. Mit dem zehnten Teil geben sie sich bestimmt zugeteilt. Solche Maßnahmen mögen bloß wieder diese Verschwendungsweise erfordern.

Auszahlung der Quartier-Bergütingen. Gilt die im September und in den vorhergehenden Monaten untergebrachten genehmten und abgegangenen Einquartierungen bez. sonstigen Leistungen erfolgt die Anweisung der Bergütingen, sowie deren Auszahlung am 28. Oktober für die in den Stadtteilen der Altstadt, am 24. und 25. Oktober für die in den Stadtteilen der Neustadt wohnenden Quartiergeber während der Zeit von 12.30 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. Die Anweisung der Bergüting wird im Bibliothekssaal des Neuen Rathauses — Eingang Ringstraße — 1. Obergeschloß, Zimmer 154, nach Vorlegung der Quartierzettel, die vorher mit großer Gewissenshaftigkeit ausfüllbar sind, vorgenommen. Für Daueraquartiere, die sind solche, die länger als einen Monat benötigt werden, ist außer dem abzurechnenden auch der in den ersten Tagen eines jeden neuen Monats bei der Quartierabteilung des Militär- und Quartieramts, Tetschstraße 4/6, 3. Obergeschloß, zu beantragende neue Quartierzettel vorzulegen, zu dessen Ausfüllung die Befüllung des Truppenteils über das Fortbestehen des Quartiers beigebracht werden muss. Für Einquartierungen und Leistungen, die erst im Oktober angekommen sind, können die Bergütingen erst im November angefordert und ausgezahlt werden. Quartierzettel, die mit den Truppenunterlagen nicht übereinstimmen oder in denselben nicht bezeichnet sind, werden zur späteren Erledigung zurückgewiesen. Die Auszahlungen werden nach erfolgter Anweisung von der Stadtstraße II im Neuen Rathaus, 1. Obergeschloß, Zimmer 150, gegen Abgabe des angewiesenen Qua-

Die gestrigen Verhandlungen endeten nach fast sechsstündiger Dauer mit der Annahme des nationalliberalen Antrags, gegen dessen Befürwortung des freien Handels abstimmen ließen. Die Befürworter stimmen.

Die fortschrittliche Fraktion gegen die sächsischen Kanzlerstürzer. Neben die bekannte Eingabe der 200 sächsischen Kanzlerstürzer, die wir mehrfach erwähnten, hat in der Landtagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei eine eingehende Aussprache stattgefunden. Es herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß das Vorgehen der Befürworter in der gegenwärtigen

Zeit nicht gerechtfertigt sei.

Die fortschrittliche Fraktion gegen die sächsischen Kanzlerstürzer.

Neben die bekannte Eingabe der 200 sächsischen Kanzlerstürzer,

die wir mehrfach erwähnten, hat in der Landtagsfraktion der

fortschrittlichen Volkspartei eine eingehende

Aussprache stattgefunden. Es herrschte volle Einmütigkeit

davon, daß das Vorgehen der Befürworter in der gegenwärtigen

